

Antrag^{*)}

(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/12118 –

Präsenz der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz gehört die Anwesenheit der US-Streitkräfte und ihrer Familien in einigen Regionen zum Alltag. Mehr als die Hälfte der in Deutschland stationierten Soldatinnen und Soldaten leben an Standorten in Rheinland-Pfalz. Vor Ort sind enge Freundschaften entstanden. An den Standorten sind die US-Streitkräfte ein Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber, auch für zivile Beschäftigte.

Nach der vagen, für den Landtag überraschenden Ankündigung des amerikanischen Präsidenten, die in Deutschland stationierten Truppen zu reduzieren, ist nun klar, dass der Stützpunkt Spangdahlem und damit Rheinland-Pfalz von den Plänen des Truppenabzugs betroffen sein wird. So ist geplant, die Staffel von F16-Kampfflugzeugen samt Besatzung, Mechanikern und Unterstützungskräften nach Italien zu verlegen. Dieses einseitige Vorgehen halten wir nicht für angemessen und es ist daher zu kritisieren. Denn gerade vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage zeigt sich, wie wichtig multilaterale Absprachen sind, und dass nationale Alleingänge nicht die Antwort auf gemeinsame europäische und globale Herausforderungen sind. Der Landtag Rheinland-Pfalz bekennt sich klar zur Sicherheitspartnerschaft der NATO. Für viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind die vor Ort stationierten Menschen enge Partnerinnen und Partner. Und dies trotz manch kritischer Diskussionen, die geführt wurden. Denn natürlich gibt es vor Ort auch starke Belastungen, zum Beispiel durch Altlasten oder militärischen Fluglärm.

Für uns steht fest: Was auch immer in der Region um den Stützpunkt schlussendlich passiert, die vom Teilabzug betroffenen Kommunen können auf unsere Unterstützung zählen und darauf bauen, dass wir uns für die dann erforderlichen Maßnahmen einsetzen. Klar ist aber auch: Ein potenzieller Strukturwandel kann nicht allein landespolitische Aufgabe sein. Auch die Bundesregierung wird gefordert sein, die betroffenen Regionen zu begleiten und zu unterstützen. Die Herausforderungen der militärischen und zivilen Konversion aus dem vergangenen Jahrhundert prägen nach wie vor Regionen unseres Landes. Diese Konversion ist Teil der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte unseres Landes. Wir kennen die Herausforderungen, aber wir kennen auch die Chancen. Aus dieser Erfahrung wissen wir aber auch, dass die Entwicklung alternativer Nutzungskonzepte Zeit und Mittel braucht.

*) Dieser Alternativantrag tritt an die Stelle des Alternativantrags der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/12198 –.

Der Landtag steht zur Präsenz unserer amerikanischen Freundinnen und Freunde in Rheinland-Pfalz. Er begrüßt die enge Zusammenarbeit und Verbundenheit. Dafür stehen Initiativen wie zum Beispiel das Programm „WIR! – Welcome in Rheinland-Pfalz“ oder die weiteren Programme der vom Land unterstützten Atlantischen Akademie e. V., deren Schwerpunkte Bildung, Begegnung und Beratung sind. Deswegen unterstützt der Landtag den Kurs der Landesregierung, weiterhin den konstruktiven Dialog mit ihren amerikanischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern fortzusetzen.

Für die Fraktion der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer